sie ihre Lehrausbildung sofort wieder aufnimmt und abschließt, ist deshalb, entgegen der Auffassung des Stadtgerichts, die richtige, die Entwicklung der Jugendlichen positiv gestaltende Erziehungsmaßnahme, die allen erforderlichen Umständen entspricht.

§6 GVG; §76 StPO; Abschn. III Ziff. 7 der OG-Richtlinie Nr. 17.

Ist auf Grund der Sachlage zu erkennen, daß der Angeklagte nicht in der Lage ist, sich selbst ausreichend zu verteidigen, so sind die Gerichte in den Fällen der nicht notwendigen Bestellung eines Verteidigers verpflichtet, darauf hinzuwirken, daß der Angeklagte einen Verteidiger wählt oder einen Antrag auf Bestellung eines Verteidigers stellt. Ein solcher Fall ist z. B. bei einem debilen und milieugeschädigten Angeklagten (chronischem Stotterer) gegeben.

OG, Urt. vom 31. März 1967 - 5 Zst 5/67.

Der Angeklagte hatte gemeinsam mit anderen in einer Untersuchungshaftanstalt einen Mithäftling geschlagen, beleidigt und zur Vornahme und Duldung verschiedener Handlungen genötigt. Das Stadtbezirksgericht hat ihn daraufhin wegen fortgesetzt gemeinschaftlich begangener Nötigung in Tatmehrheit mit gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung verurteilt.

Gegen diese Entscheidung richtet sich der Kassationsantrag des Präsidenten des Obersten Gerichts, der Verletzung des Rechts auf Verteidigung rügt. Der Antrag hatte Erfolg.

Aus den Gründen ;

Das Recht auf Verteidigung ist ein Grundprinzip des sozialistischen Strafprozesses (§ 6 Abs. 2 GVG und §§ 74 ff. StPO). Die Bedeutung dieses Rechts im Strafverfahren zeigt sich u. a. darin, daß dessen Verletzung ein zwingender Aufhebungsgrund erstinstanzlicher Urteile durch die Rechtsmittelgerichte ist (§ 291 Ziff. 5 StPO). Hieraus ergibt sich, daß die Gerichte in Strafverfahren im Rahmen ihrer Zuständigkeit Maßnahmen zu treffen haben, die dem Angeklagten das Recht auf Verteidigung sichern (vgl. auch Richtlinie Nr. 17 des Plenums des Obersten Gerichts über die Durchführung des Eröffnungsverfahrens vom 17. Januar 1963, Abschn. III Ziff. 7).

Diesem Grundsatz steht die Bestimmung des § 76 Abs. 2 StPO nicht entgegen. Vielmehr haben die Gerichte auf die notwendigen Anträge der Berechtigten zur Bestellung eines Verteidigers hinzuwirken, wenn die Sache es erfordert. Erst durch ihre aktive Tätigkeit kommen die Gerichte ihrer Verantwortung nach, die sozialistische Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit auch insoweit zu wahren.

Das Stadtbezirksgericht hat in der vorliegenden Strafsache das Recht des Angeklagten auf Verteidigung nicht gewährleistet. Damit beruht das Urteil auf einer Gesetzesverletzung.

Dem Gericht war durch das zum Gegenstand der Beweisaufnahme gemachte gerichtspsychiatrische Gutachten bekannt, daß der Angeklagte eine durch vielfältige Umstände — sog. chronisches Stottern, welches bei Erregung zu einer völligen Sprachsperrung führen kann, so daß er nicht in der Lage ist, überhaupt ein Wort hervorzubringen, schwere Milieuschädigung und schwere Retardierung — geschädigte Person ist, die als

(noch Fußnote von S. 356)

Wohnung verläßt, und sich an die vereinbarte Ausgehzeit zu halten.

5. Sie übernimmt weiterhin die Verpflichtung, eine gute Lern- und Einsatzbereitschaft sowohl in der theoretischen wie auch in der praktischen Lehrausbildung zu zeigen und die Lehre als Blumenbinderin abzuschließen.

6. Die Jugendliche hat sich, unterstützt durch die Eltern, zu einem bewußten Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu entwickeln.“

debil bezeichnet werden muß. Auf diese Besonderheiten der Persönlichkeitsstruktur des Angeklagten ist das Gericht auch durch die polizeiliche Vernehmung, den Führungsbericht der Strafvollzugsanstalt und durch die Vernehmung des Angeklagten in der Hauptverhandlung hingewiesen worden.

Bereits im Eröffnungsverfahren, aber auch in der Hauptverhandlung hatte das Gericht, die obengenannten Umstände berücksichtigend, sorgfältig und eigenverantwortlich zu prüfen, ob der Angeklagte in der Lage ist, seine Rechte im Strafverfahren allein wahrzunehmen, oder ob Gründe vorliegen, die darauf hindeuten, daß er dazu nicht fähig sein wird. Dies wäre auch unter dem Gesichtspunkt notwendig gewesen, daß der Angeklagte leicht zu beeinflussen ist und der Tatbeitrag jedes einzelnen an den festgestellten fortgesetzten, gemeinschaftlich begangenen Straftaten zu ermitteln war, um eine gerechte und damit differenzierte Bestrafung der Täter vornehmen zu können.

Das Stadtbezirksgericht ist dieser Prüfungspflicht nicht nachgekommen und hat daher eine im Interesse der Sache erforderliche Initiative nicht ergriffen. Eine solche war geboten, weil auf Grund der Sachlage zu erkennen war, daß der debile und milieugeschädigte Angeklagte nicht in der Lage sein würde, sich im Verfahren ausreichend zu verteidigen, zumal die Hauptverhandlung eine außergewöhnliche Situation für ihn sein und er sich daher in einem seinem Sprechen abträglichen Erregungszustand befinden würde, der seine Fähigkeit, sich klar und konkret auszudrücken, erheblich beeinträchtigt.

Es war daher im Interesse der Sache erforderlich, auf Anträge zur Bestellung eines Verteidigers hinzuwirken, wenn der Angeklagte nicht einen Wahlverteidiger in Anspruch zu nehmen beabsichtigte — auch auf diese Möglichkeit hätte er hingewiesen werden können —, um das Recht des Angeklagten auf Verteidigung und die Wahrung seiner Interessen zu sichern.

Entsprechend dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat das Stadtbezirksgericht erneut über den Schuld- und Strafausspruch zu befinden.

§ 4 PrStVO.

Bei der Festsetzung des gemäß § 4 Abs. 1 PrStVO der Einziehung unterliegenden Mehrerlöses dürfen die auf Grund einer veränderten Besteuerung an den Staatshaushalt gezahlten bzw. noch zu zahlenden Steuerbeträge nicht in Abzug gebracht werden.

OG, Urt. vom 17. Januar 1967 — 2 Ust 33/66.

Der Angeklagte wurde wegen eines Preisverstoßes verurteilt. Bei der Einziehung des Mehrerlöses hatte das Bezirksgericht nur den Betrag zugrunde gelegt, der sich nach Abzug der auf den tatsächlich erzielten Mehrerlös entfallenden nachveranlagten Steuern ergab.

Aus den Gründen :

Soweit das Bezirksgericht der Mehrerlöseinziehung den auf die Jahre 1962 bis 1964 entfallenden Mehrerlös nach dem sogenannten Nettoprinzip, d. h. abzüglich der darauf entfallenden und durch die rechtskräftige Steuernachveranlagung festgestellten Steuern, festgesetzt und der Einziehung zugrunde gelegt hat, entspricht die Entscheidung nicht § 4 PrStVO. Danach ist der vom Täter erzielte Mehrerlös einzuziehen. Das bedeutet, daß unbeschadet eines etwaigen Rückforderungsanspruchs des Täters gegenüber den Finanzbehörden bei der Festsetzung des einzuziehenden Mehrerlöses nicht die Beträge abzuziehen sind, die er auf Grund der veränderten Besteuerung an den Staatshaushalt gezahlt hat bzw. — wie im vorliegenden Fall — auf Grund der Nachveranlagung zu zahlen hat. Die steuerliche Beurteilung ist ausschließlich Angelegenheit der dafür zuständigen Finanzbehörden und unterliegt nicht der Ent-